

Rote Fahne

Wochenblatt der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands
Wirtschaftsbezirk Frankfurt a. M.

Nr. 13

Einzelnummer 40 Pfennig
Erscheint wöchentlich Samstag

Frankfurt a. M., 17. Juli 1920

Inserate 4 gespaltene Pettizelle
1,20 Wfr. Bei Wiederholungen
Rabatt

1920

Wirtschaftsparlamente und Räteorganisation.

In allen revolutionären Perioden der Geschichte können wir feststellen, daß die verschiedensten Systeme der Politik, der Ökonomie austauschten, die zur Herbeiführung idealer Gesellschaftszustände dienen sollten. Vor dem ehernen Gange der natürlichen gesellschaftlichen Entwicklung sind alle diese Produkte gärender Zeiten zerstoßen. Es waren Utopien, die von einer Abstraktion, der menschlichen Natur, das Sein der Menschen erklärten.

Wie Kopernikus die Hülle des abgerundeten Weltsystems des griechischen Philosophen Aristoteles zerriß, so zerstörten Karl Marx und Friedrich Engels die bisherige Geschichtsauffassung. Sie ergründeten die Gesetze der geschichtlichen Entwicklung und gaben ihrem Lehrgebäude einen festen Boden, die historische Dialektik.

Der moderne Kommunismus ist in seinem Wesensinhalte zunächst das Produkt der Anschauung, der in der kapitalistischen Gesellschaft herrschenden Klassengegenätze von Besitzenden und Besitzlosen, von Bourgeois und Proletariern und dem in der Produktionsweise herrschenden Chaos.

Der Kapitalismus ist eine geschichtliche Phase, die beendet ist. Allmählich kommt dies auch in den Bewußtseinsformen der Bourgeoisie zum Ausdruck. Die Bourgeoisie fühlt bewußt und unbewußt, daß ihre Zeit abgelaufen ist. Es wird auch in ihren Kreisen klar, daß das Proletariat an der Schwelle der Geschichte steht, um seine Mission zu erfüllen. Im bürgerlichen Klassenkampflager konzentrieren sich alle Kräfte auf den Versuch, die zusammenbrechende kapitalistische Ordnung mit neuem Leben zu versehen. Seit dem 6. Juni 1920 schließen massenhaft Produkte der deutschen intellektuellen Bourgeoisie in die Höhe, die eine neue politische Form erstreben. In einflussreichen bürgerlichen Zeitungen klingt eine neue Musik. Die formale Demokratie, der reine Parlamentarismus werden verneint. Wirtschaftsparlamente werden empfohlen — Strohhalme, an denen sich Ertrinkende anklammern wollen. Das Proletariat darf diese Gedankengänge bürgerlicher Ideologen nicht negieren, es muß ihnen folgen, um sie mit seinen wirtschaftlichen und politischen Kampfmitteln zu durchkreuzen.

Deutschland ist die stärkste industriell organisierte Macht der Welt. Die Vorbedingungen zum Sozialismus sind reiflos erfüllt. In übertriebenen Hoffnungen nach Rußland blickend, übersah das Proletariat die eigene Entwicklung, es übersah die feingesponnenen Ränke der bürgerlichen Diplomatie. Bei aller Hochachtung vor der heroischen Leistung des russischen Proletariats ist zu beachten, daß es von einer primitiven Form zur höchstentwickelten gesellschaftlichen Form sprang, und wird sich dies zweifellos in der sozialistischen Entwicklung dieses Landes bemerkbar machen, die selbst dem genialen Kopfe Lenins Konzessionen abzwängen wird. „Das industriell entwickelte Land zeigt dem minder entwickelten Lande das Bild der eigenen Zukunft“ sagt Karl Marx im Kapital, und wie berechtigt dieses Wort ist, zeigt die Erfahrung, die uns lehrte, daß speziell deutsche Erscheinungen auch in anderen Industrieländern Schule machen und Nachahmung finden, wie die deutschen Arbeitsgemeinschaften, die Betriebsräteorganisation, die technische Nothilfe, die Schlichtungsverordnung und Antistreikgesetze und wie die Werkzeuge der sogenannten industriellen Demokratie und des konstitutionellen Kapitalismus alle heißen. Die kapitalistische Bourgeoisie hat bereitwilligst den Vätern dieser Einrichtungen „den Volkssozialisten“ dazu die Hand geliehen, — weil es Wiederherstellungsversuche für den stehenden kapitalistischen Körper waren. Das Proletariat muß sich auch über die Siegerstaaten der Entente klar werden. Die inneren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse werden trotz des Versailler Friedens dort in kurzer Zeit sich auf der gleichen Linie bewegen als in Deutschland. Auch dort werden die klassenkämpferischen Gegenätze zwischen dem kapitalistischen und proletarischen Lager eine Zuspitzung erfahren und auf Bürgerkrieg und die Diktatur drängen. In Spa wird dieser Tage eine gemeinsame Tagung der schwarzen, rojaroten und goldenen Internationale stattfinden — um die drohenden Gefahren zu beschwören. Ein großangelegter Restaurierungsplan kapitalistisch-imperialistischer Ausbeuterherrschaft soll ausgeführt werden. Noch sind die Trauben nicht in der Kelter, die schon dem Fuchs zu hoch hingen. (Unterdessen versuchen in den Entente-staaten, wie es in Deutschland der Fall, bürgerliche und pseudoproletarische Harmonie-Parteien den Klassenkampf in parlamentarische, konstitutionelle Formen zu gießen. Die

beruhten und unberuhten Täuschungskünste bürgerlicher Diplomatie ziehen künstlich die Geburtsstunden des Sozialismus in die Länge; im Abendrot des versinkenden Tages winkt ihnen noch eine Fata Morgana, das Ideal der Bourgeoisie: „Die Verewigung der Lohnknechtschaft.“

In dieses Rumoren, dieses Drängen im Schoße der kapitalistischen Welt dringen die Musiktöne bürgerlicher Vulgärökonomien. Und wieder folgen, wie dem Rattenfänger von Hameln die Ratten, führende Theoretiker der „Volkssozialisten“, die sozialistischen Monatshefte, der Firm, die Zukunft usw. Ueberall das dröhnende Blech, die Ragenmusik über berufständige Kammern. Wir lassen hier die Töne dieser Instrumente folgen, um dem Proletariat Gelegenheit zu geben, eine Kritik über die Bastarde einer „Käteorganisation“ vorzunehmen. „Die Revolution von 1918 bedeutet den Zusammenbruch des autoritären Regierungssystems in seiner monarchischen, bürokratischen und militärischen Färbung. Die Revolution hat an die Stelle der traditionellen, autoritären Pfeiler die Selbstregierung des Volkes gesetzt, vertreten durch seine Parteien. Die damit erfolgte Erweiterung der Individual- und Korporationsrechte ist unabänderlich.

Die Arbeitsverluste im Krieg, die Niederlage, das Diktat von Versailles machen Deutschland auf Jahrzehnte arm. Seine Produktivkräfte stehen in keinem Verhältnis zu den aus dem hohen Vorkriegs-Standard der Lebensführung begründeten Ansprüchen der Bevölkerung. Es ist notwendig, mit äußerster Anstrengung und Wirtschaftlichkeit zu produzieren und spartanisch zu konsumieren. Wenn die Millionenmassen der Arbeiterproduzenten und Konsumenten für diese Einsicht nicht gewonnen werden können, ist Deutschland verloren.

(Fortsetzung folgt.)

Der alte Fehler.

S. Die Frankfurter Ortsgruppe der K. A. P. hat sich eingehend in Vertrauensmännerversammlungen, Distrikts- und Mitgliederversammlungen mit der Frage des „Nationalkommunismus“ befaßt und ist, nachdem sie die Genossen Wolffheim und Laufenberg selbst zu dieser Frage gehört hat, zu dem Entschluß gekommen, daß ein Grund zu einem Ausschluß der beiden Genossen nicht vorliegt. Und wenn die Frankfurter Genossen auch die Unterlassung mancher Ausdrücke persönlicher Natur in der Schrift „Kommunismus gegen Spartakismus“ für besser befunden hätten, so darf man doch nicht die ganze Materie als undiskutabel von der Hand weisen. So einfach darf man über ein so neues Problem nicht hinweggehen. Anderer Meinung scheint der geschäftsführende Hauptausschuß unserer Partei zu sein, wie aus dem nachfolgenden Schreiben des Genossen Friedrich Wendel, der ehemals Redakteur an der Berliner K. A. Z. war, am 5. Juli aber vom Hauptausschuß seiner Funktion enthoben wurde, hervorgeht. Wir wissen nicht, wie sich die Berliner Mitgliedschaft der K. A. P. zu dieser Maßregelung stellt. Das eine steht jedenfalls fest, daß das Verhalten des geschäftsführenden Ausschusses jedenfalls schädigender wirkt, als die Diskussion von Problemen, die bis jetzt noch lange nicht vollständig geklärt sind. Und angesichts dieser Tatsachen möchten wir dem Reichsausschuß zurufen: Verfallt nicht in die Fehler der S. P. D., U. S. P. und K. P. D. I Das kommunistische Proletariat wird es ablehnen, Geldes wegen von einer für die meisten Mitgliedschaften noch ungeklärten Situation zur Tagesordnung überzugehen!

Wir lassen hier die Zuschrift des Gen. Wendel folgen: „Wenn ich in eigener Sache bei den Hamburger Genossen Gastrecht in Anspruch nehme, so geschieht es wahrhaftig nicht, um Personen in den Mittelpunkt ernster Debatten zu stellen, sondern es geschieht um der Klärung einer Angelegenheit willen, die von der Geschichte auf die Tagesordnung gesetzt worden ist und von deren Behandlung das Schicksal der nächsten Epoche der deutschen Revolution abhängt.

Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung des nationalen Moments? Die Frage, vor deren Beantwortung der Parteitag steht, ist in der Berliner Mitgliedschaft nur sehr flüchtig diskutiert worden. Ich weiß aus dem intimsten Verkehr mit der Mitgliedschaft, wie sie sich aus meiner Funktion ergab, daß kaum ein Drittel der Mitglieder die inkriminierten Broschüren und Artikel der Genossen Laufenberg und Wolffheim gelesen haben. Man hat sich im allgemeinen nicht sonderlich in geistige Unkosten gestürzt. Aber es muß doch gesagt werden, daß der Berliner besser ist als sein Ruf. Als nach den beiden Referaten der Genossen Laufenberg und Wolffheim vor der Berliner Arbeiterschaft die Funktionärsversammlung des Berliner Bezirks der K. A. P. die letzten dreißig Zeilen des Programmwerfs — eine Allerweltsfassung gemeinplätziger Anschauungen in stilistisch dürftiger Form — zur Resolution erhob, deren Tendenz nach dem Willen ihrer Befürworter sich gegen die Berücksichtigung des nationalen Moments richten sollte, da war die Absicht derjenigen, die sich auf die Resolution einließen, ungefähr dieses: vorsichtiges Einfühlen in jene Gedankengänge, die zu verfehlen nur eine bestimmte Clique in der Partei ein Interesse hat. Die Absicht war, wie der Genosse Schröder unter Beifall formulierte, das Brauchbare, Gute und Neue, von welcher Seite es auch kommen möge, aufzunehmen in die Gedankenwelt der Parteimitgliedschaft. Vor allen Dingen wollte man die Frage der Berücksichtigung des nationalen Moments durch den Parteitag entschieden wissen.

Die Frage ward in den Konferenzen der Redaktion des Berliner Blattes heiß umstritten. Die Redaktion eines Blattes, dem kein geringerer als der Genosse Lenin zu einer Zeit, da es sich schon in der Opposition zu der Führer-Clique des Spartakusbundes befand, höchste Anerkennung in offiziellem Schreiben an die deutschen, französischen und italienischen Genossen gezollt hatte, war eine Stelle, in der ernste Fragen mit dem ganzen Verantwortungsgefühl gegenüber der Revolution behandelt wurden. Es gab Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Redakteuren, Meinungsverschiedenheiten, wie sie überall und immer auftauchen werden, ohne Solidaritätspflichten zu verletzen. Sie waren nicht unüberbrückbar. Am 4. Juli einigte man sich auf folgende Richtlinien:

„Zur Behebung schwebender Differenzen in der Behandlung bestimmter Fragen in der K. A. Z. sollen bis zum Parteitag folgende Richtlinien als bindend gelten:

1. Grundsätzliche Einstellung auf den Gedanken der internationalen Klassensolidarität.

2. Berücksichtigung des nationalen Moments in einer Form, die folgendermaßen zu umschreiben wäre: Erst die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Wählerschaft ermöglicht die wahre nationale Freiheit; mit der politischen Herrschaft des Proletariats steht und fällt die Selbstständigkeit des deutschen Volkes; letzte Sicherung der Freiheit der Nationen nur ist in der sozialistischen Internationale möglich, nur sie ermöglicht die Ausreifung der nationalen Besonderheiten.

3. In der Form maßvolle Vertretung dieser Einstellung; keine herausfordernde Formulierungen.

4. Entschiedene Stellungnahme im Blatt und wo immer Einfluß geltend gemacht werden kann gegen Bestrebungen, auf dem Parteitag eine Spaltung der Partei

herbeizuführen und eine Verfehmung der in Punkt 2 umschriebenen Einstellung zu betreiben."

Das war eine Einigungsbaſis, von der ich perſönlich hoffte, daß ſie auch über Berlin hinaus Beachtung finden würde. Sie konnte Unheil auf dem Parteitag verhüten. Ich teilte den Wortlaut der Einigungsformel auch ſofort den Genossen Lauſenberg und Wolffheim mit, ihnen zeigend, wie Verſtändigung und Verſtändlichkeit Wege ebnen können.

Es iſt anders gekommen. Am 5. Juli nahm die Zentrale des Bezirks Berlin auf Betreiben des geſchäftsführenden Ausschusses der Partei Anlaß, eine Neubefeſung des Berliner Blattes vorzuſchlagen, da meine Einſtellung gegenüber der Frage des nationalen Moments unvereinbar ſei mit den Anſichten und Abſichten der Berliner Leitung. Die Einigungsformel der Berliner Redaktion wurde der Zentrale vorgelegt. Mit aller Schärfe wandte ſich der Sprecher der Reichsleitung gegen ſie, damit nicht nur einen, ſondern beide Redakteure preisgebend. Die Stimmung der Mitglieder der Zentrale gegenüber der Einigungsformel war zunächſt ſchwankend mit verſöhnlichen Unterklängen. Dann wurde eine Stichfrage vorgelegt: ob ich bei eventuellem Ausſchluß der Genossen Lauſenberg und Wolffheim in der Partei weiter arbeiten würde. Ich verneinte. Darauf wurde ich meiner Funktion als Redakteur des Blattes mit ſofortiger Wirkung enthoben. Ein vollkommen nebenſächliches Moment. Das entſcheidende Moment iſt dieſes: Auch die Einigungsformel, die nun noch für den anderen Redakteur des Blattes bindend war, wurde verworfen.

Nicht die Berücksichtigung des nationalen Moments und nicht die Verſöhnlichkeit gegen ſtarke Impuſſe des revolutionären Gedankens in Deutschland ſollte auf dem Parteitag der KPD die Oberhand gewinnen? Kezgergericht? Auf dieſem Parteitag? In dieſer Situation? Das revolutionäre Deutschland beſtenfalls ruſſiſcher Randſtaat? Abwarten! Die Vernunft ſiegt. Den gebrechlichen Formen der Parteiorganisation, in die man das Proletariat geſpercht, entringt ſich der ſtarke Wille der revolutionären Notwendigkeit. Und „Politik“ heißt nicht, einen Monotheismus des Parteidogmas etablieren. Auf der KPD, d. h. auf den diverſen Gruppen entſchloſſener Revolutionäre, die bisher immer Rückgrat bewieſen haben, ruhen die Augen der revolutionären Maſſen, nachdem die SPD. an dieſem Giſte ſtarb, das ihr die Ebert-Moske reicheten, nachdem die USP. eine politiſche Rieſenquelle ohne Eigenbewegung ward, nachdem zum wichtigſten Fundament des Spartakusbundes jene Millionen Geldes dunkler Herkunft geworden ſind.

Die Finanzkataſtrophe.

Am 1. Juli hielt der Reichsfinanzminiſter Dr. Wirth bei Vorlage des „Haushaltſentwurfs der bürgerlichen Demokratie“ eine Leichenrede über den finanziellen Zusammenbruch. Die Ausführungen bewegten ſich in Gemeinplätzen; die Induſtrie- und Handelskriſen ſuchte Herr Wirth in den „Manuskripten großer deutſcher Gelehrten, für die ſie nicht mehr die Druckkoſten aufbringen können.“ Und das Proletariat, deſſen Lebensmöglichkeiten auf ein Minimum geſunken ſind, kann ruhig weiter darben, ein Steuerraubzug auf die Taſchen der Ärmſten ſoll die Reichſchuld von 265 Milliarden wieder decken. Der Haushalt der Formaldemokratie iſt eine Rutschbahn, die täglich tiefer ſegelt. Schiffer rutschte auf 19, Dernburg auf 23, Erzberger auf 25 und Wirth auf 54—55 1/2 Milliarden jährlichen Bedarf. „Herrlichen Zeiten werde ich euch entgegenführen,“ ſprach einſtmals der Narr von Amerongen und heute führen uns ſeine Kreaturen immer noch herrlichen Zeiten entgegen. Hier hilft nur eine Radikalkur: Sturz des Bourgeoisstaates und

Löſung aller Verpflichtungen, die der verſchwundene Bourgeoisstaat eingegangen iſt.

Anträge zum Parteitag.

Die Ortsgruppe Hanau beantragt:

1. Ein Einheitsſtatut für das ganze Reich grundsätzlic abzuſchließen und den Ortsgruppen den organiſatorischen Aufbau ſelbſt zu überlaſſen. Der Aufbau der Partei muß im Gegenſatz zu den Führerparteien von unten auf erfolgen.
2. Anträge wie die vom 1. Unterbezirk der Großberliner Organisation (ſiehe Berliner R.A.Z. Nr. 108 unter „Aus Großberlin“) vorgeschlagenen Satzungen abzulehnen, (vergleiche auch Antrag 1), da
 - a) beſonders die Abſätze 3—7 in den meiſten Ortsgruppen organiſationstechniſch und durchführbar ſind,
 - b) in dem geſamten Entwurf ein Verſuch geſehen wird, die Führer- und Bonzenwiſchaft auch in unſerer Partei aufzurichten.
3. Dem Vorſchlage Oſtfachſens bezüglich Finanzierung der Reichsleitung zuzustimmen.

Alle drei Anträge wurden einſtimmig angenommen.

Spartakiſtiſche Preſſefreiheit.

Die „Rote Fahne“ ſollte für die Folge in einer Hanauer Druckerei hergeſtellt werden. Ein Teil war bereits geſetzt, Spartakus brachte das in Erfahrung, und eine Vorſtandsſitzung beſchloß, die Firma vor die Initiative zu ſtellen, „Freiheit“ oder „Rote Fahne“, KPD. oder KAPD. Unter dem Drucke eines Vertrages gab die Firma der KPD. nach. Mitgliedern der KAPD. iſt fortan auf Befehl des Spartakusbundes das Betreten des Sekraumes verboten. Das Drucken von Plakaten, uſw. für die KAPD. geruhte Spartakus von Gottes Gnaden allerhöchſt zu genehmigen.

Würdig reiht ſich dieſe Handlungsweiſe an das „Promenadenkonzert des Muſikkorps der Sicherheitspolizei“ und das Indianergeheul anläßlich der Verſammlung Lauſenberg-Wolffheim. Eine ihrer elementarſten Gegenwartsforderungen, die Preſſefreiheit, tritt die KPD. hier mit Füßen. Sind die Mitglieder des Spartakusbundes mit dieſem Verhalten ihrer „Führer“ einverſtanden oder haben ſie jedes Selbſt- oder Mitbeſtimmungsrecht verloren?

Gewerkschaftlich organiſierte Reichswehrgoldaten geſucht!

Auf dem Frankfurter Arbeitsnachweis, Abteilung für Angelernte, iſt ſeit einigen Tagen ein Zettel angeſchlagen, auf dem geſchrieben ſteht:

„Junge Leute können ſich bei der Reichswehr melden. Bedingung: Gewerkschaftlich organiſiert. Jägerbtl. 113, 1. Komp. Konſtanz.“

Reichswehrgoldaten geſucht in einer Zeit, wo man in Spa zuſammensitzt und über die Verminderung der Reichswehr verhandelt. Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Die 1. Komp. des Jägerbtl. 113 iſt ein Truppenteil, deſſen Mannſchaften ſich vor einiger Zeit Ausſchreitungen gegen die Zivilbevölkerung in Konſtanz zu ſchulden kommen ließen, wobei der Kommandeur der Truppe obendrein Patrouillen mit Maſchinengewehren durch die Stadt ſchickte, Ziviliſten anhalten und verhaften ließ.

Ob der Herr Kommandeur wohl auch gewerkschaftlich organiſiert war?

Aus dem Wirtschaftsbezirk.

Streik gegen die Arbeiter-Union.

Zwei Genossinnen, die der Hanauer Arbeiter-Union seit ihrem Bestehen angehören und in folgerichtiger Erkenntnis dieses aus dem Fabrikarbeiterverband austraten, erhielten folgendes „klassische“ Dokument:

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Hanau und Umg.

Hanau, den 17. Juni 1920.

Sehr geehrtes Fräulein!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Folien- u. Flitterwerke haben in der Betriebsversammlung unter anderem auch Stellung genommen zu Ihrem Austritt aus dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Sie protestieren auf das schärfste gegen derartige unverzeihliche Maßnahmen und haben einstimmig beschlossen, mit derartigen Personen nicht weiter mitarbeiten zu können und sind bereit, von ihrem äußersten Recht Gebrauch machen zu wollen.

Die Arbeiterchaft dieses Betriebes beauftragt die Verbandsleitung nochmals brieflich Ihre Person auf den begangenen Fehler aufmerksam zu machen, Ihnen den heutigen Beschluß der Betriebsversammlung mitzuteilen unter Warnung der dadurch entstandenen Folgen.

Wir nehmen an, daß dieser Hinweis genügt um Ihren Eintritt in den Verband wieder rechtskräftig zu machen.

Achtungsvoll

Hermann Lode.

Bei den beiden Genossinnen fand die Drohung taube Ohren. Durch Vorhaltungen und Drohungen verschiedenster Art von Seiten eines Betriebsratsmitgliedes beeinflusst, beschloß eine Betriebsversammlung den Streik. In Wahrung der Solidarität streikten die beiden Genossinnen mit, beharrten jedoch auf ihrem Standpunkte. Nach zweekündiger Dauer wurde der denkwürdige Streik abgebrochen, da der Betriebsrat die Ungefehrlichkeit seiner Handlungsweise erkannte. Ein bürgerliches Gesetz mußte hier gefunden Menschenverstand und Klassen-solidarität ersehen.

Die gelben Verbände werden geduldet, die revolutionäre Arbeiter-Union wird von den freien Gewerkschaften um ihrer Bonzen willen selbst mit dem Streik bekämpft. Wie könnten auch die Arbeiter ihr Geld besser anlegen, als es diesen Herren in den Taschen zu werfen! Und das alles geschieht unter der direkten oder indirekten Sanktionierung des Spartakusbundes. Proletarier, merkst du noch immer nichts?

Marburg. Aus unserer Stadt, in der kürzlich ein Kriegsgericht junge Studenten von der Anklage des mehrfachen Arbeitermordes freisprach, wird von einem Jugendgenossen mitgeteilt, daß dort ein Lehrer Wolf den Jugendlichen M. zum wiederholten Male in der Fortbildungsschule mißhandelt hat, so auch wieder am 8. Juni. Der Grund ist: M. ist Mitglied der F. S.-Jugend und trägt ein kleines rotes Bändchen. Lehrer Wolf schlug unseren Jugendgenossen mit den Händen links und rechts, drohte mit dem Stock und rief: „Mit den Kommunisten werde ich noch fertig, ich schlage dich noch tot, du Hund, wenn du noch weiter das rote Bändchen trägst.“ (Schwarz-weiß-rote Bändchen dürfen natürlich getragen werden.) Unser Jugendfreund ist sogar schon einmal mit einer Reitpeitsche geschlagen worden. Weiter wird noch mitgeteilt, daß die dortigen Kleinmeister ihre Lehrlinge in der rohesten Art schikanieren und ihnen verbieten, zur F. S.-Jugend zu gehen, obwohl diese Lehrlinge großes Interesse für die Jugendorganisation zeigen. Ein anderer Jugendgenosse ist von so einem kleinen Meister bis zum Polizeipräsidenten herauf denunziert worden wegen — Jugendverheugung. — So ist's recht, Herr Lehrer Wolf und ihr Herren Kleinmeister; ihr hämmert der Jugend ihre Klassenlage in die Hirne und die Saat wird aufgehen. Dann wehe euch, da wird sein Heulen und Zähneklappen. R.

Versammlungsanzeiger.

Unter dieser Rubrik werden sämtliche öffentliche und geschlossene Mitglieder-versammlungen der R.A.P.D. Wirtschaftsbezirk Frankfurt bekanntgemacht.

Ortsgruppe Frankfurt a. M.

Nordend. Dienstag, den 20. Juli, abends 7 Uhr bei Schwarzkopf (Eckenheimerlandstraße 76) Distrikts-Mitgliederversammlung.

Ortsgruppe Hanau.

Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Saalbau (Gewerkschaftshaus) Mitgliederversammlung.

Ortsgruppe Mainz.

Die Zusammenkünfte unserer Genossen finden regelmäßig jeden Samstag abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in unserem Lokal statt. Die Genossen werden gebeten, alle pünktlich und vollzählig zu erscheinen.
Der Vorstand.

Freie sozialistische Jugend Frankfurt.

Die Zusammenkünfte finden jeden Mittwoch und Samstag abends $\frac{1}{8}$ Uhr im Reform-Restaurant „Freya“ in der Gr. Bockenheimerstr. 35 (1. Stock) statt.

Hanau (Main).

Der Vertrieb der Schriften u. der „Roten Fahne“ liegt in Händen des Genossen **Karl Zinkann**, Augustastraße 28 III der Bestellungen auf Zeitungen, Broschüren, Inserate usw. entgegennimmt.

Schriften-Vertrieb der R. A. P. D. Frankfurt a. M.

Programmewurf der Kommunistischen Arbeiterpartei	Mk. 0.60
Bericht vom Gründungstag der Kommunistischen Arbeiter-Partei	Mk. 0.50
N. Lenin, Die große Initiative	Mk. 1.—
„ Staat und Revolution	Mk. 3.—
Marg, Der Bürgerkrieg	Mk. 2.—
Marg-Engels, Das kommun. Manifest	Mk. 0.40

— Sämtliche Schriften sind bei den Distriktskolporturen zu haben. —
Wo dies nicht möglich ist, wende man sich direkt an

Robert Sauer, Frankfurt a. M., Pletterweißstr. 65 II.

Genossen!

Genossinnen!

Sorgt alle für eine immer
weitere Verbreitung unserer

„Roten Fahne“

Ihr dient damit unserer Be-
wegung und der Revolution

Arbeiter!

Arbeiterinnen!

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: Kurt Krüger, Frankfurt a. M.
Druck: Lorenz & Wasthof, Al.-Steinheim